

## WIRTSCHAFT UBS, Roche und Novartis im Harris-Fieber

Wer in den USA Präsident werden will, der braucht jede Menge Geld. Kamala Harris sammelte für ihren Wahlkampf bisher 770 Millionen Dollar. Donald Trump kommt auf 574 Millionen Dollar. Das Rennen um die US-Präsidentschaft ist auch für die Schweizer Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die USA sind der wichtigste Handelspartner der Schweiz. 2023 verkauften hiesige Firmen Waren im Wert von 57 Milliarden Franken in die USA. Bei den Direktinvestitionen rangieren Schweizer Unternehmen mit mehr als 300 Milliarden US-Dollar auf Platz sieben.

Ob diese guten Beziehungen bestehen bleiben, hängt von der nächsten Regierung ab. Bei vielen amerikanischen Mitarbeitern von Schweizer Firmen, die in den USA zusammen über 500 000 Angestellte beschäftigen, scheint die Angst vor einer zweiten Trump-Präsidentschaft allgegenwärtig zu sein. Die Hoffnung ruht auf den Demokraten, wie Daten der Federal Election Commission und der Plattform Open Secrets zeigen.

Bei den grossen Konzernen UBS, Roche und Novartis spendet ein grosser Teil der Belegschaft fleissig für demokratische Kandidaten in den USA. Dort werden im November nicht nur die Präsidentschaftswahlen anstehen, sondern auch Teile des Kongresses, Gouverneure und Parlamente in Bundesstaaten gewählt.

Am tiefsten in die Taschen griffen die Mitarbeiter der UBS mit einem Spendenvolumen von 700 000 Dollar. 108 000 Dollar davon sind an Harris geflossen. Trump kommt auf 33 000 Dollar. Insgesamt gelangten 54 Prozent der Gelder an Demokraten. Mitarbeiter des Pharmamultis Roche steuerten bis jetzt 530 000 Dollar der Wahlkampagne bei, circa 85 Prozent der Zahlungen kam den Demokraten zu Gute. Von den amerikanischen Mitarbeitern des Basler Pharmariesen hat Harris 148 000 Dollar er-

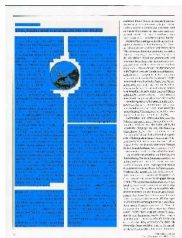
halten, Trump nur 23 100 Dollar.



### Demokraten gegen Schweizer Banken

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Novartis. Die Spenden ihrer Mitarbeiter in den USA sind mit 254 000 Dollar zwar weniger hoch, doch der bevorzugte Kandidat ist eindeutig Harris. 84 Prozent der Gelder gingen an die Demokraten. Die Harris-Kampagne selbst hat 85 000 Dollar erhalten, Trump lediglich 14 000 Dollar. Die Zahlungen lassen aufhorchen. Harris hat den Pharmariesen den Kampf angesagt und will die Preise für Medikamente senken. Unzählige Bürger in den USA haben sich aufgrund von medizinischen Behandlungen verschuldet. Vor diesem Hintergrund sind die Spenden zumindest erstaunlich.

Nicht weniger verwunderlich die Unterstützung für die Demokraten aus dem Hause der UBS. Waren es doch stets demokratische Regierungen, die der Bank in der Vergangenheit wiederholt schwere Schäden zugefügt hatten. Man denke an die Regierung unter Ex-Präsident Barack Obama, deren Powerplay dazu führte, dass die UBS die Namen ihrer Bankkunden an die USA ausliefern musste. Marktanalysten der UBS sehen einer Trump-Präsidentschaft zuversichtlich entgegen. Diese sei «positiv für die Finanzdienstleistungsbranche», schreibt Tom McLoughlin, Managing Director im UBS Chief Investment Office. 2016 sah er das anders und warnte vor Trump. «Clinton wäre insgesamt



besser für den amerikanischen Aktienmarkt», meinte er. Derselbe McLoughlin hat jetzt 3300 Dollar für die Harris-Kampagne gespendet.

### Ueli Maurer widerspricht

In den Teppichetagen der Schweizer Konzerne dürfte das Bild ein ausgewogeneres sein. «Mir sind nicht wenige Spitzen Schweizer Firmen bekannt, denen Trump wegen seiner liberaleren Wirtschaftspolitik lieber ist», sagt Rahul Sahgal gegenüber der *Weltwoche*. Der CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, der in engem Kontakt steht mit CEOs und Verwaltungsräten von Schweizer Firmen, fügt aber auch hinzu: «Ein Teil der Schweizer Wirtschaftselite lehnt ihn aber kategorisch ab.» Mit Argwohn blicke man auf Trumps Pläne, die Zölle zu erhöhen. Hinzu komme seine Unberechenbarkeit.

Laut Sahgal spielt es keine grosse Rolle, wer tatsächlich im Weissen Haus regieren wird. «Ob Trump oder Harris: Für Schweizer Unternehmen macht das kaum einen Unterschied», schrieb er diese Woche im *Schweizer Monat*. Auch diese Sicht sei innerhalb der Konzernspitzen verbreitet. Ihr widerspricht alt Bundesrat Ueli Maurer: «Grundsätzlich dürfte eine republikanische Regierung für die Wirtschaft vorteilhafter sein», sagt der Ex-Bundespräsident gegenüber der *Weltwoche*. Maurer zufolge verfügte die Schweiz unter Trump über bessere Beziehungen zur USA als heute.

Rafael Lutz